

„Kein Bauer soll vergessen, daß er in diesem Jahre durch reichhaltiges und besseres Warenangebot und vorteilhafte Preisgestaltung der HO weit mehr, weit bessere und weit billigere Gebrauchsgegenstände kaufen kann.“

Auch auf die weitere Entwicklung verweist der Bauernbrief mit den bedeutsamen Worten:

„Erhöhte Ablieferungssätze garantieren den Absatz landwirtschaftlicher Produkte!“

Wie sieht es in Westdeutschland aus?

Diese für den Bauern heute noch fremd klingenden Worte werden wir am besten durch die Darlegung der Verhältnisse im Westen Deutschlands erklären; erst dann wird er richtig verstehen, daß „die Politik unserer Regierung, die nach einem deutschen Wirtschaftsplan arbeitet, unserer gesamten Bauernschaft heute und in Zukunft“ den Absatz sichert und sie vor großkapitalistischen ausländischen Importeuren schützt.“

Unsere Agitatoren sollten dabei beachten, in welcher einfachen, sachlichen und dabei liebenswürdigen Art den Bauernbrief gerade die Verhältnisse in Westdeutschland beleuchtet:

„Vielleicht haben auch Sie, lieber Bauer, schon von der sich steigernden und vertiefenden Absatzkrise der westdeutschen Bauernschaft gehört. Das ist keine Erfindung von uns, sondern leider das traurige Ergebnis der Überschwemmung des westdeutschen Marktes mit billigen ausländischen landwirtschaftlichen Produkten. So mancher Bauer in Westdeutschland, der noch vor zwei Jahren sich die Käufer aussuchen konnte, ist im vergangenen Herbst auf einem großen Teil seiner Ernte sitzengeblieben. Das Geld wird knapp und reicht immer weniger zur Deckung der wachsenden Steuern, zum Ankauf von notwendigen Geräten, Düngemitteln, Saatgut sowie Gegenständen des täglichen Bedarfs.“

Hier können die Genossen durch Einfügung von Tatsachen aus der Entwicklung Westdeutschlands — die sie der Tagespresse oder anderer Parteiliteratur entnehmen — die Argumentation noch lebendiger gestalten. Wichtig ist dabei, die sich ständig verschärfende Absatzkrise im Westen Deutschlands aufzuzeigen, die — im Gegensatz zu unserer Entwicklung — die Bauern zwingt, ihre Anbaufläche ständig einzuschränken.

Während sich also die Lage der westdeutschen Bauern von Monat zu Monat verschlechtert, versucht unsere Regierung, den werktätigen Bauern auf jede nur mögliche Weise zu helfen, ihre Existenz zu sichern und die Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaft zu erhöhen.

Was ist der Inhalt unserer Preispolitik?

Unsere Agitatoren sollten hier die vorgesehene Preiserhöhung für verschiedene Produkte auf Grund des Gesetzes zur Sicherung der Volksernährung besonders erwähnen:

„Das Gesetz zur Sicherung der Volksernährung, das am 22. Februar von der Volkskammer einstimmig beschlossen wurde, sieht ausdrücklich vor, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte neu festgesetzt werden müssen. Das entspricht auch den Wünschen unserer Bauern. Die Preise werden also für wichtige Produkte erhöht, und daran haben alle Bauern Anteil.“ Den Bauern muß aber dabei erläutert werden, daß „unsere Preispolitik ebenfalls zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft führen muß, das heißt, sowohl der Bauer als auch der Arbeiter müssen ihr« Verhältnisse bessern können. Gewiß sind die Preise für einige Industriewaren noch hoch, aber doch nur deshalb, weil unser Maschinenpark zerstört war, seine Wiederherstellung gewaltige Summen beanspruchte, und weil wir für wichtige Rohstoffe an den Westen viel zu hohe Preise zahlen müssen, an denen freilich nicht der westdeutsche Arbeiter, Angestellte oder Bauer verdienen, sondern die Konzernherren und ihre amerikanischen Geldgeber. Dieser Zustand wird schrittweise durch die Politik unserer Regierung beseitigt. Die Neufestsetzung der Preise für wichtige Produkte der Landwirtschaft ist die Grundlage für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der bäuerlichen Betriebe.“

Dabei sollten wir die Bauern darüber aufklären, daß die Preiserhöhung auf einem Gebiet liegt, auf dem wir noch große Reserven entwickeln können, insbesondere im Viehvermehrungsplan. Ein guter Viehbestand ist die Voraussetzung einer guten Rentabilität unserer bäuerlichen Wirtschaften. Die Hauptmasse der Fett- und Fleischprodukte kommt aus der Wirtschaft der Klein- und Mittelbauern, und hier kann durch Intensivierung der bäuerlichen Wirtschaften noch eine beträchtliche Steigerung erzielt werden; denn in unserem Viehbestand haben wir erst 60 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht.

Warum Sollerhöhung für Fleisch und Fett?

Auf die Frage der Bauern, warum trotz der Beibehaltung der Bewirtschaftung für Fett und Fleisch auch für diese Produkte das Ablieferungssoll erhöht wird, antwortet der Bauernbrief:

„Der Viehaufzuchtplan ermöglicht eine sehr wesentliche Vermehrung unseres Viehbestandes. Diese Vermehrung des Viehbestandes muß also durch eine hohe Erfassung absatzmäßig gesichert werden, oder es müssen die Preise für freie Spitzen ganz wesentlich gesenkt werden, denn sonst würde es für den Absatz dieser größeren Mengen tierischer Produkte keinen Markt geben.“

Der Bauernbrief sagt am Schluß noch einige Worte zur gerechten Differenzierung und „ein offenes Wort über Schwierigkeiten und Mißstände“, das unsere Genossen bei ihrer Agitation besonders beherzigen sollten. Ebenfalls sollten unsere Genossen ganz energisch dem vom Feind auf den Dörfern verbreiteten Gerücht der „Zwangskollektivierung“ entgegenzutreten, das im letzten Abschnitt des Bauernbriefes behandelt wird.

So liefert der Bauernbrief zu allen Fragen, die von den Bauern im Zusammenhang mit der Neuregelung gestellt werden, überzeugende Argumente, denen sich kein vernünftiger, einsichtiger Bauer verschließen kann. Die Hauptsache ist dabei, daß wir dafür sorgen, daß die Bauern ihre Fragen offen aussprechen und daß sie ihnen an Hand des Bauernbriefes beantwortet werden.